

21. Januar 2022

Anhörungsverfahren

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion

Gelingende Pflegebedingungen sicherstellen – Absicherung der Pflege der Zukunft

Wir begrüßen sehr, dass die CDU-Fraktion sich Pflege Themen annimmt. Die Pflege hochaltriger Menschen gehört, diese Auffassung des Antrags teilen wir, zu den größten gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der nächsten 30 Jahre.

Der Antrag der CDU-Fraktion greift insofern zu kurz, als dass er die Absicherung der Pflege überwiegend als eine Versorgungsaufgabe beschreibt, die finanziell und personell abgesichert werden muss. Es geht u. E. gleichermaßen und im Grunde vorgelagert um ein gravierendes humanitäres Anliegen, das einen kulturellen Wandel der Pflege und ein anderes Verständnis für alte Menschen erfordert, die nicht auf einen Versorgungsfall reduziert werden wollen und dürfen. In allen Überlegungen sollten Ansätze einer Caring Community eine Rolle spielen. Wer Pflege ausschließlich als Versorgungsaufgabe beschreibt, die sich mit Fachkräften bewältigen ließe, verkennt die humanitäre Dimension des demografischen Wandels und der Pflege. Insofern greift der Begriff der Pflege durchaus zu kurz: Es geht um die Gestaltung des Lebens im hohen Alter bei Hilfe- und Pflegebedarf sowie am Lebensende. In dieser Intention kommen eben nicht nur die Pflegekräfte, sondern alternative Wohnformen, sozialintegrative Wohnumfelder, soziale Angebote für hochaltrige Menschen, Wohnraum- und zivilgesellschaftliche Akteure und pflegende Angehörige in den Blick.

Wir nehmen im Folgenden nur zu jenen Punkten Stellung, zu denen wir aussagekräftig sind und die wir aus unserer Sicht für relevant erachten.

I. Anliegen der Berichterstattung

Zu den Punkten 1.-9.

Die Fragen beziehen sich auf die Fachkräftesituation sowie die Fachkräftegewinnung. Wir halten angesichts des aktuellen Fachkräftemangels detaillierte Aussagen der Landesregierung auf diese Fragen für wichtig. Wir verweisen darauf,

- dass es nicht nur um Pflege-, sondern auch um die Gewinnung von Betreuungskräften geht
- dass es nicht nur um die Gewinnung, sondern gleichermaßen die Integration, Qualifikation und Sprachkenntnisse geht
- dass es um bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege geht, so dass weniger Pflegekräfte den Beruf aufgeben und eine längere Berufsarbeitszeit erreicht wird.

Punkt 10 – konzertierte Pflege

Das Bundesaktionsprogramm „Konzertierte Pflege“ bezog sich auf

- Mehr Personal in der Pflege
- Mehr Pflegeausbildungsplätze
- Höhere Löhne

In allen drei Bereichen konnte die Bundesregierung etwa was Lohnsteigerungen betrifft z. T. deutliche Erfolge verzeichnen. Allerdings trifft der Ergebnisbericht keine qualitativen Aussagen zu den Arbeitsbedingungen und Belastungen in der Pflege, die sich während der Pandemie z. T. dramatisch verschlechtert hat.

Inwiefern der Freistaat Thüringen in diesem Bereich proaktiv war und mit der Bundesregierung zusammengearbeitet hat, ist uns nicht bekannt. Eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure erfolgte jedenfalls nicht.

Punkte 11-17

Die Aufforderung zur Stellungnahme der Landesregierung zu diesen Punkten erachten wir für wichtig. Uns selbst liegen darüber keine Erkenntnisse vor.

II. Feststellung des Landtages

1. Exorbitanter Anstieg

Die Exorbitanz könnte, wenn sich Personalschlüssel in der Pflege nicht ändern, detailliert quantifiziert werden an Hand des Anstiegs der hochaltrigen Bevölkerungsgruppe und der Entwicklung der Pflegewahrscheinlichkeit. Solche Berechnungen liegen für Thüringen vor. Sie müssten aktualisiert werden.

Punkte 2-8 Aufwuchs der Auszubildenden, Fachkräftegewinnung, Unterstützung pflegender Angehöriger, Ausbau Kurzzeit- und Verhinderungspflege

Alle in den Punkten 2-8 genannten Punkte erscheinen uns relevant und essentiell. Sie müssten in eine sichtbare politische Strategie übersetzt werden, die für Thüringen u. E. nicht vorliegt. Sie müsste sowohl die Ziele und Aufgaben einer Pflegepolitik für die Landesebene als auch für die kommunale Ebene enthalten.

III. Aufforderung der Landesregierung

Punkt 1-6 Der Landesseniorenrat unterstützt alle in den Punkten genannten Forderungen.

IV. Höhere Löhne

Der LSR unterstützt dieses Anliegen, gleichwohl die Löhne in den letzten beiden Jahren vergleichsweise stark gestiegen sind. Als Problem erweist sich vielfach nicht mehr das geringe Lohnniveau, sondern die schwierigen Arbeitsbedingungen sowie der Druck auf Pflegekräfte. Außerdem handelt es sich bei den Betreuungskräften, die den engsten kommunikativen Kontakt zu den Pflegebedürftigen haben, um die am geringsten qualifiziertesten Arbeitskräfte in der Sozialen Arbeit überhaupt. Wollen Sie, das wäre die Frage an Sie, dass Ihre Angehörigen oder wollen Sie späterhin von Menschen mit einem geringen Ausbildungs- und Qualifikationsniveau betreut werden?

Wie es einer neuen Kultur der Pflege bedarf, bedarf es auch einer neuen Kultur dafür, wie das System der Pflege mit den ihnen anvertrauten Arbeitnehmer*innen umgeht.

Wir möchten die Abgeordnete der CDU-Fraktion sowie die Abgeordneten der anderen Parteien darauf hinweisen, dass es nicht nur um die Beantwortung der hier vorliegenden Fragen geht, sondern

1. um eine differenzierte Auswertung der auf den Pflegebereich bezogenen Coronamaßnahmen, die in Teilen als humanitäres Desaster zu beschreiben sind
2. um eine neue Pflegekultur und einen kulturellen Wandel der Pflege, die den alten Menschen nicht als Versorgungsfall degradiert, sondern ihn in seiner Würde, mit seinen Wünschen nach Beteiligung und Teilhabe betrachtet.
3. um die Entwicklung einer kohärenten politischen Strategie, die auf einer Bestandsaufnahme sowie Entwicklungsszenarien der Anzahl der Pflegebedürftigen, der privaten Pflegebereitschaft sowie der Anzahl der für die Pflege notwendigen Pflege- und Betreuungskräfte basiert
4. um ein Konzept, das die kommunalen Verantwortungsbereiche für die Pflege beschreibt.
5. um ein Konzept, dass Pflegebedürftigkeit verhindert oder auf ein höheres Lebensalter hinausschiebt.
6. um die Fokussierung auf den ambulanten Bereich und Quartiere, in denen die meisten pflegebedürftigen Menschen versorgt werden, was die Unterstützung pflegender Angehöriger einschließt sowie um die Entwicklung und Förderung alternativer Wohn-, Hilfe- und Betreuungsformate für hochaltrige Menschen mit Unterstützungs-, Hilfe- und Pflegebedarf. Es ist ein leidiges Thema, das einer Lösung schnell zugeführt werden könnte, dass Nachbarschaftshilfen für Pflegebedürftige als niedrigschwellige

Betreuungsangebote anerkannt werden, wie es seit vielen Jahren ins Sachsen der Fall ist.

Solche Strategien und Konzepte sollten sektorenübergreifenden, sozialraumbezogen und partizipationsorientierten Charakter tragen. D. h., es sind in allen Entwicklungskonzepten Sozialraum- und zivilgesellschaftliche Akteure einzubeziehen.



Hannelore Hauschild

Vorsitzende



Dr. Jan Steinhaußen

Geschäftsführer